

5. September 2019

Länderbericht

Europabüro Brüssel



Keine Sommerpause und ein spannender Herbst – die Bildung der neuen Europäischen Kommission folgt einem straffen Zeitplan

Dr. Hardy Ostry & Ludger Bruckwilder

Seit Ursula von der Leyen Mitte Juli vom Europäischen Parlament als kommende Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt wurde, sind erste inhaltliche Schwerpunkte und die personelle Besetzung der nächsten EU-Kommission Schritt für Schritt vorbereitet worden. Nun, etwa anderthalb Monate nach von der Leyens Wahl und dem Ende der politischen Sommerpause in Brüssel, zeichnet sich ein vollständiges Bild des vorgeschlagenen Personentableaus der kommenden Kommission ab. Im September und Oktober müssen die Nominierten vor dem Europäischen Parlament bestehen, der entscheidende und womöglich schwierigste Schritt auf dem Weg zum Kommissarsposten. Gleichzeitig werden die Übernahme der Amtsgeschäfte und die inhaltliche Ausrichtung für die neue Amtsperiode vorbereitet.

Als am 16. Juli das Ergebnis feststand und Ursula von der Leyen vom Europäischen Parlament zur nächsten Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt worden war, ging für sie ein knapp zweiwöchiger Bewerbungsmarathon erfolgreich zu Ende.

Zwei Wochen, in denen sie in zahlreichen Gesprächen eine Mehrheit der Parlamentarier von ihrem inhaltlichen Konzept für die kommende Amtsperiode überzeugen konnte. Ihr war es gelungen, mit einem breiten thematischen Aufschlag eine europapolitische Vision zu skizzieren, für die sie glaubhaft als Person steht.

Die Vorbereitungsphase seit der Wahl

Gleichzeitig markierte die Wahl der künftigen Präsidentin den Auftakt zur nächsten Phase der Kommissionsbildung. Während in Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedsstaaten mit der politischen Sommerpause die traditionell ruhigste Zeit des Jahres begann, stand Ursula von der Leyen vor der Herausforderung, in den folgenden Wochen ihr mögliches Personentableau für die künftige Kommission zusammenzustellen. Jeder Mitgliedsstaat (Großbritannien ist wegen des geplanten Brexits eine Ausnahme) stellt eine Kommissarin bzw. einen Kommissar, die von den nationalen Regierungen nominiert werden. Fest standen bereits Frans Timmermanns (Niederlande) und Margrethe Vestager (Dänemark) die als Vizepräsident bzw. Vizepräsidentin der Kommission, Teil

des vom Rat vorgeschlagenen Personalpakets der Top-Jobs waren, sowie Josep Borrell (Spanien), der vom Rat als Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik vorgeschlagen worden war. Darüber hinaus hatte von der Leyen selbst das Ziel ausgegeben, die Kommissionsposten möglichst paritätisch zwischen Frauen und Männern besetzen zu wollen.

In kürzester Zeit nahm das „Transition Team“ die Arbeit auf und „President-elect“ von der Leyen besuchte zahlreiche europäische Hauptstädte, um in bilateralen Gesprächen ihre Vorstellungen der Arbeit der künftigen Kommission mit den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten abzustimmen und sicher auch, um hinsichtlich der Personalvorschläge inhaltliche und persönliche Anforderungen zu definieren. Mit dem 26. August setzte sie bezüglich der Personalvorschläge inoffiziell eine Frist, der die meisten Regierungen auch nachgekommen sind. Dabei war ein weiterer Wunsch, dass die Regierungen jeweils einen männlichen Kandidaten und eine weibliche Kandidatin vorschlagen. Dieser Vorgabe kamen allerdings nur die wenigsten Mitgliedsstaaten nach. Trotz einzelner Verspätungen und dem Sonderfall Italien, das zwischenzeitlich eine Regierungskrise durchlebte, liegt nunmehr ein vollständiges Bild der von den Mitgliedsstaaten vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten vor.

In diesen Tagen trifft von der Leyen, die Nachfolgerin von Kommissionspräsident Juncker, nun die ihr Vorgeschlagenen in Einzelgesprächen. Hierbei gilt es für sie, die persönliche und fachliche Eignung in

Augenschein zu nehmen, sowie eine mögliche Ressortverteilung abzustimmen. Es obliegt von der Leyen dabei auch, vorgeschlagenen Kandidaten ablehnen zu können. Womöglich würden hierbei bereits die Erfolgsaussichten der Kandidaten im Europäischen Parlament eine Rolle spielen, das letztlich über die Kommission abstimmen wird.

Nach jetzigem Stand sieht es danach aus, dass das selbst gesteckte Ziel der paritätischen Ämterbesetzung beinahe erreicht wird. 13 von 27 Nominierten sind Frauen (inkl. von der Leyen selbst). Inhaltlich galt bereits länger als ausgemacht, dass zumindest eines, womöglich zwei der wichtigen Ressorts, *Wirtschaft und Währung*, *Landwirtschaft, Handel* oder *Energie* an einen der mittel-/osteuropäischen Mitgliedstaaten gehen wird, da diese im Personalpaket rund um die EU Top-Jobs nicht berücksichtigt wurden. Außerdem ist es üblich, dass keiner der Kommissare/Kommissarinnen, die bisher bereits der Kommission angehörten, ihr aktuelles Portfolio behalten.

Die wichtigsten Nominierungen

Besondere Aufmerksamkeit zogen bisher der Vorschlag aus Frankreich und der Kandidatenvorschlag aus Polen auf sich, da sich bei zweitem zwischenzeitlich ein Wechsel ergab.

Die französische Kandidatin ist Sylvie Goulard, langjährige Europaabgeordnete und ehemalige Verteidigungsministerin Frankreichs. Sie und Ursula von der Leyen kennen sich aus ihrer Zeit in Ministerverantwortung. Goulard arbeitete bereits von 2001-2004 in der EU-

Kommission als Beraterin von Romano Prodi, sie spricht unter anderem fließend Deutsch und war zuletzt Vizechefin der französischen Zentralbank. Mit ihrer Nominierung erhalten die Spekulationen neuen Auftrieb, dass die künftige Kommission ein neues Portfolio umfassen könnte: eine Generaldirektion für Verteidigung (DG Defense). In jedem Fall verknüpft Emmanuel Macron mit der Nominierung Goulards die Hoffnung, dass Frankreich ein wichtiges Ressort bekommen wird. Sie steht genau wie Macron für die Überzeugung, dass das Beste für die EU eine Vertiefung der Integration wäre. Mit der Nominierung setzt Präsident Macron ein Ausrufezeichen, da Sylvie Goulard als überzeugte Europäerin gilt, die eine Art Pendant zu Ursula von der Leyen darstellt.

Der polnische Vorschlag ist nach jetzigem Stand Janusz Wojciechowski. Er gilt als Topfavorit für das wichtige Landwirtschaftsressort, das Polen offenbar übernehmen wird. Zunächst war Krzysztof Szczerki von der polnischen Regierung nominiert worden. Dieser zog seine Kandidatur jedoch in der Zwischenzeit mit der Begründung zurück, für das Agrarportfolio nicht der richtige Kandidat zu sein. Der nun nominierte Wojciechowski war lange Mitglied des EU-Parlaments und hatte während seiner Zeit mehrfach den stellvertretenden Vorsitz des Agrarausschusses inne. Das Ressort Landwirtschaft macht mit rund 40 Prozent der Ausgaben den größten Posten im EU-Haushalt aus. Polen wiederum ist bisher der Mitgliedsstaat, der den größten Anteil dieser Gelder empfängt. Wojciechowski ist der einzige Kandidat, der der EKR-Fraktion

(Europäische Konservative und Reformer) im Europaparlament zuzurechnen ist.

Um die anderen Schwergewichte unter den Portfolios *Wirtschaft und Währung, Handel* und *Energie* ranken sich zahlreiche Spekulationen. Als möglichem künftigen Handelskommissar werden dem Iren Phil Hogan gute Chancen nachgesagt, der bisher unter Präsident Juncker Landwirtschaftskommissar war. Mit Blick auf den anstehenden Brexit hätte eine Nominierung Hogans in diesem Ressort Signalwirkung. Gleich mehrere Mitgliedstaaten machen sich außerdem Hoffnungen auf das begehrte Energieportfolio: Litauen, Slowakei, Tschechien und Rumänien rechnen sich für dieses Ressort gute Chancen aus.

Größere Aufmerksamkeit erhält erwartungsgemäß ebenfalls die Nominierung aus Ungarn. Mit László Trócsányi hat die Regierung Orban einen Kandidaten ins Rennen geschickt, der nicht als Hardliner gilt und dem gute Chancen eingeräumt werden, das Europäische Parlament von sich überzeugen zu können. Trócsányi ist ehemaliger Justizminister, kennt das Europaparlament aus seiner Zeit der Mitgliedschaft und war einst Botschafter in Frankreich, Belgien und Luxemburg. Ursula von der Leyen und Viktor Orban demonstrierten durch ein produktives und harmonisches Gespräch im Sommer zudem den Willen, einen Neustart im Verhältnis Ungarns zur EU-Kommission einzuleiten.

Interessant ist zudem die Normierung aus Litauen, Virginijus Sinkevičius. Zum einen ist er mit einem Alter von 28 der mit Abstand jüngste unter den Nominierten, zum

anderen ist er der einzige Kandidat, der der grünen Fraktion (European Greens) im Europaparlament zuzurechnen ist. Ob er tatsächlich für das Energieportfolio in Frage käme, auf das Litauen offenbar hofft, ist ungewiss.

Sich abzeichnende inhaltliche Schwerpunkte

Bereits im Zuge ihrer Wahl Mitte Juli hatte Ursula von der Leyen eine Reihe von politischen Prioritäten genannt, die den groben Rahmen für die inhaltliche Agenda der neuen Kommission bilden. Im Wesentlichen handelt es sich um sechs Leitlinien. Erstens verspricht die designierte Präsidentin innerhalb der ersten 100 Tage ihrer Amtszeit einen Grünen Deal vorzulegen, mit konkreten Maßnahmen zur Klimaschutzpolitik. Das angestrebte Ziel ist, Europa bis 2050 zum klimaneutralen Kontinent zu transformieren, wobei die Leitlinien explizit beinhalten, dass der zu vollziehende Wandel fair für alle gestaltet werden müsse.

Das zweite Ziel gilt der Wirtschaft. Von der Leyen sieht sich der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet und erneuert das Versprechen auf Wohlstand und gute Jobs. Dabei lässt besonders ihre Ankündigung aufhorchen, in den ersten 100 Tagen nach Amtsantritt ein Rechtsinstrument vorlegen zu wollen, für einen gerechten Mindestlohn in der gesamten Europäischen Union.

Um Digitalisierung dreht sich die dritte Leitlinie. Neben Investitionen in Forschung und Bildung, wird ein besonderer Fokus auf menschliche und ethische Aspekte gelegt,

die neue Entwicklung mit sich bringen, z.B. beim Thema künstliche Intelligenz. Auch hier kündigt von der Leyen an, die ersten 100 Tage der Amtsperiode nutzen zu wollen, um ein Konzept vorzulegen, das diesen Herausforderungen koordiniert begegnet und vor allem die Chancen, die in diesem Bereich liegen, zu nutzen.

Punkt Nummer vier in den formulierten Leitlinien ist überschrieben mit „Schützen, was Europa ausmacht“. Der Schutz ist in diesem Fall sowohl nach innen, als auch nach außen zu verstehen. Es wird der Aspekt der Rechtstaatlichkeit betont und ein einheitliches Monitoring angekündigt. Ganz sicher spielen die Zwistigkeiten zwischen Ungarn und der Kommission und Polen und der Kommission hierbei eine Rolle und die Hoffnung, künftig einen anderen Umgang mit veränderter Tonalität zu finden. Beim Thema Migration hält von der Leyen an dem Ziel fest, Frontex auf 10.000 Beamte auszubauen, allerdings will sie es bereits im Jahr 2024 schaffen, drei Jahre früher als bislang geplant. Darüber hinaus strebt sie ein weitreichendes Reformpaket im Bereich Asyl und Migration an, das u.a. das Dublin-System betrifft und die Stabilität in Herkunftsländern in den Blick nimmt.

Daran knüpft auch der fünfte Themenkomplex der Leitlinien an. In diesem geht es um die Rolle der EU in der Welt. Eine Rolle, die künftig mit der Übernahme von mehr Verantwortung ausgefüllt werden soll. Dabei wird den unmittelbaren Nachbarregionen hohe Priorität eingeräumt, z.B. die europäische Perspektive für den westlichen Balkan. Außerdem wird der Einsatz für freien und fairen Welthandel nach wie eines der obersten Leitmotive für

das außenpolitische Handeln der EU sein. Die Rolle der EU und ihre Glaubwürdigkeit definiert sich bei all ihren Ambitionen auch über ihre militärischen Fähigkeiten. Von der Leyen will in den nächsten fünf Jahren weiterhin energisch auf eine echte Europäische Verteidigungsunion hinarbeiten.

Bei der sechsten und letzten Leitlinie der kommenden Präsidentin dreht es sich um die Stärkung der europäischen Demokratie, womit sie sicherlich auch Bezug nimmt auf die Diskussionen um das Spitzenkandidatenprinzip. Es liegt an von der Leyen hier mit institutionellen Reformen Verbesserungen zu erreichen. Neben dem verbesserten Spitzenkandidatensystem sendet sie ein weiteres versöhnliches Zeichen ans Parlament, indem sie explizit ihre Unterstützung für das Initiativrecht für das Europäische Parlament betont.

Wie geht es weiter? – Die EU erwartet einen spannenden Herbst

Aktuell empfängt Ursula von der Leyen die von den Mitgliedstaaten nominierten Kandidatinnen und Kandidaten zu bilateralen Gesprächen in Brüssel. Bis zum 10. September will sie in Abstimmung mit dem Europäischen Rat eine vollständige Vorschlagsliste abstimmen, welche die personelle Besetzung sowie die Ressortverteilung beinhaltet. Da es von der Leyen obliegt, Kandidaten womöglich nicht zu akzeptieren und um Alternativvorschläge seitens der nationalen Regierungen zu bitten, gleicht dieser Prozess einem diplomatischen Drahtseilakt. Einerseits sollte sie das jeweilige persönliche und fachliche Profil der Kandidaten überzeugen,

andererseits muss sie die Befindlichkeiten im Parlament antizipieren und dessen mögliches Abstimmungsverhalten im Blick haben. Darüber hinaus wird eine mögliche Ablehnung durch von der Leyens seitens der Mitgliedsstaaten ganz sicher nicht auf Gegenliebe stoßen, und es gilt, viele Begehrlichkeiten mit Blick auf die Portfolios zu befriedigen.

Es ist vorgesehen, dass die neue Kommission am 1. November 2019, einen Tag nach dem aktuell geplanten Brexit-Datum, die Arbeit aufnehmen soll. Ob dieser Termin gehalten werden kann, wird sich in den kommenden Wochen herauskristalisieren.

Bis dahin sind zwischen von der Leyen und dem Europäischen Rat alle Nominierungen und Portfolios fertig abzustimmen. Die Kandidaten müssen dem Parlament schriftlich ihr Programm präsentieren und bekommen einen Fragenkatalog übermittelt, den sie schriftlich beantworten müssen.

Voraussichtlich zwischen dem 30. September und dem 8. Oktober werden im Europäischen Parlament die entscheidenden Anhörungen (sog. Hearings) der einzelnen Nominierten stattfinden. Bei den dreistündigen Anhörungen müssen die Kandidaten dem ihren Ressorts entsprechenden Ausschuss Rede und Antwort stehen. Anschließend evaluieren die Ausschüsse die Anhörung. Sollte es zu einer negativen Evaluierung kommen, fordert das Parlament den Rat auf, die Kandidatenliste zu ändern und der betroffene Mitgliedstaat muss einen neuen Personalvorschlag machen. Im Anschluss wiederholt sich der

Anhörungsprozess für den neuen Kandidaten/die neue Kandidatin.

Sobald der Anhörungsprozess erfolgreich abgeschlossen ist, stimmt das Parlament über das neue Kommissionskollegium als Ganzes ab. Hierzu ist eine absolute Mehrheit erforderlich – als Termin gilt die Straßburger Sitzungswoche 21. bis 24. Oktober als wahrscheinlich. Wenn das Parlament für die neue Kommission gestimmt hat, muss der Europäische Rat das Kollegium ernennen, wobei hierfür eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist.

Allerdings gilt es als nicht unwahrscheinlich, dass einzelne Kandidatenvorschläge vom Parlament abgelehnt werden. In der Vergangenheit kam es stets zu Ablehnungen, wovon angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament und der belasteten Vorgeschichte (Stichwort Spitzenkandidatenprinzip) auch dieses Mal auszugehen ist. Sollte die neue Kommission nicht wie geplant bis zum 1. November bestätigt worden sein, bliebe die jetzige Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker vorläufig geschäftsführend im Amt.

Vorläufige Liste der Kandidatinnen und Kandidaten für die Europäische Kommission

EVP:

Bulgarien	Mariya Gabriel
Deutschland	Ursula von der Leyen
Griechenland	Margaritis Schinas
Irland	Phil Hogan
Kroatien	Dubravka Suica
Lettland	Valdis Dombrovkis
Österreich	Johannes Hahn
Ungarn	László Trócsányi
Zypern	Stella Kyriakides

S&D:

Finnland	Jutta Urpilainen
Italien	Paolo Gentiloni
Luxemburg	Nicolas Schmit
Malta	Helena Dalli
Niederlande	Frans Timmermans
Portugal	Elisa Ferreira
Rumänien	Rovana Plumb und Dan Nica
Schweden	Ylva Johansson
Slowakei	Maros Sefcovic
Spanien	Joseph Borrell

RE:

Belgien	Didier Reynders
Dänemark	Margrethe Vestager
Estland	Kadri Simson
Frankreich	Sylvie Goulard
Tschechische Republik	Věra Jourová

Grüne:

Litauen	Virginijus Sinkevičius
---------	------------------------

Parteilos:

Slowenien	Janez Lenarčič
-----------	----------------

EKR:

Polen	Janusz Wojciechowski
-------	----------------------

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
 Leiter des Europabüros Brüssel
 Konrad-Adenauer-Stiftung
www.kas.de/bruessel/

ludger.bruckwilder@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)